

Niederschrift

**über die 22. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Hauptausschusses am
Mittwoch, 12.06.2024 um 17:00 Uhr, im Bürgersaal des Bürgerhauses (Mittelstraße 40
in 40721 Hilden)**

Anwesend waren:

Vorsitz

Herr Dr. Claus Pommer

Ratsmitglieder

Herr Fred-Harry Frenzel	CDU	
Herr Peter Groß	CDU	
Herr Rainer Schlottmann	CDU	Vertretung für Frau Schlottmann
Herr Kevin Peter Schneider	CDU	
Herr Michael Wegmann	CDU	
Herr Reinhard Zenker	CDU	
Herr Torsten Brehmer	SPD	
Herr Kevin Buchner	SPD	
Frau Hannah Hammer	SPD	
Frau Anne Kathrin Stroth	SPD	
Herr Klaus-Dieter Bartel	Bündnis 90/Die Grünen	Vertretung für Frau Münich
Frau Anna Meike Reimann	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Hartmut Toska	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Uwe Gramming	FDP	Vertretung für Herrn Joseph
Herr Marlon Buchholz	AfD	Vertretung für Herrn Prof. Dr. Bommermann
Herr Ludger Reffgen	BÜRGERAKTION	
Herr Ernst Kalversberg	Allianz für Hilden	

Von der Verwaltung

Herr 1. Beigeordneter Sönke Eichner	Stadt Hilden
Frau Beigeordnete Mona Wolke-Ertel	Stadt Hilden
Herr Beigeordneter Peter Stuhlträger	Stadt Hilden
Frau Christine Kaiser	Leitung Beratungs- und Prüfungsamt
Herr Hans-Peter Kremer	Leiter Feuerwehr Hilden
Frau Christina Schroeder	Stadt Hilden
Frau Carolin Siepmann	Digitalisierungsbeauftragte
Herr Marco Wachsmann	Stadt Hilden

Abwesende Ratsmitglieder

Frau Claudia Schlottmann	CDU
Frau Marianne Münich	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Rudolf Joseph	FDP
Herr Prof. Dr. Ralf Bommermann	AfD

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- 1 Befangenheitserklärungen
- 2 Organisationsentwicklung und Digitalisierung
- 2.1 Sachstandsbericht Verwaltungsmodernisierung und Digitalisierung
WP 20-25 SV 12/051
- 3 Anregungen und Beschwerden
- 3.1 Eingruppierung der ErzieherInnen
WP 20-25 SV 12/050
- 3.2 Einsatz von Luftreinigern in städtischen Gebäuden
WP 20-25 SV 10/061
- 4 Weiterführung der Planungen zur Erweiterung der Feuerwehr- und Rettungswache
WP 20-25 SV 26/057
- 5 Anträge
- 5.1 Antrag der FDP-Fraktion; Erstellung eines Leitbildes
WP 20-25 SV 01/169
- 5.2 Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen; Einrichtung Mikrophon und Lautsprecher auf den Emporen im Bürgersaal
WP 20-25 SV 26/059
- 5.3 Antrag der CDU-Fraktion; Digitale Anzeigetafeln in der Innenstadt
WP 20-25 SV 80/025
- 6 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
- 7 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende, Bürgermeister Dr. Claus Pommer, eröffnete die Sitzung und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Gremiums, die Vertreter*innen der Presse sowie die erschienenen Zuhörer*innen. Er stellte fest, dass die Unterlagen form- und fristgerecht zugegangen sind.

Änderungen zur Tagesordnung

Es lagen keine Änderungen zur Tagesordnung vor.

Einwohnerfragestunde

Zur Einwohnerfragestunde meldet sich Herr H., wohnhaft in Hilden, zu Wort. Er fragte, ob für die zwei entfernten Bänke im Hildener Stadtwald keine Ersatzstandorte geplant seien.

Beigeordneter Stuhlträger bestätigte, dass die Bänke abgebaut werden mussten, da sie unter verkehrsgefährdenden Bäumen gestanden hatten und die Stadt die Verantwortung für die Verkehrssicherungspflicht trage.

Auf Nachfrage, wann das Altholz der Bäume entfernt werde, sodass die Bänke wieder aufgestellt werden könnten, erklärte Beigeordneter Stuhlträger, dass es sich um einen naturbelassenen Stadtwald handle und daher in der Regel kein Eingriff durch die Verwaltung erfolge. Er sicherte aber zu, dass die Verwaltung sicherlich Ersatzstandorte für die Bänke finden werde.

Anschließend erkundigte sich Herr H. noch, wie stark Waschbären im Hildener Stadtwald vertreten seien und wie sich dies auswirke. Beigeordneter Stuhlträger erklärte, dass er und kein anderer Mitarbeitender der Verwaltung diese Frage abschließend beantworten könne.

1 Befangenheitserklärungen

Es lagen keine Befangenheitserklärungen vor.

2 Organisationsentwicklung und Digitalisierung

2.1	Sachstandsbericht Verwaltungsmodernisierung und Digitalisierung	WP 20-25 SV 12/051
-----	---	-----------------------

Rm Groß/ CDU berichtete, dass die Sitzungsvorlage in der letzten Woche bereits in der AG Digitalisierung vorbesprochen wurde. Weiter lobte er die vorgenommenen Priorisierungen, die auch im Rahmen der Haushaltskonsolidierung hilfreich seien.

Der Hauptausschuss nahm den Sachstandsbericht zur Verwaltungsmodernisierung und Digitalisierung zur Kenntnis.

Rm Bartel/Die Grünen erklärte, dass er den Wettstreit zwischen den Städten aufgrund des Mangels an Erziehern als problematisch empfinde. Er begründete die Enthaltung der Fraktion damit, dass beobachtet werden müsse, wie sich die Eingruppierung im Umfeld entwickle.

Weiter richtete er folgende drei Fragen an die Verwaltung und bat um Beantwortung bis zur nächsten Ratssitzung:

- Ob die Gruppen größer als geplant seien und ob sich daraus Höhergruppierungen ergeben würden.
- Welche finanziellen Auswirkungen durch diese Höhergruppierungen entstünden.
- Wie die Situation in anderen Städten sei und inwieweit dies Einfluss auf die eigene Stadt habe.

Bürgermeister Dr. Pommer sicherte eine Beantwortung bis zur nächsten Ratssitzung zu.

Rm Groß/CDU merkte an, dass eine Refinanzierung der höheren Personalausgaben erforderlich wäre, beispielsweise durch eine Erhöhung der Kitabeiträge. Er erklärte weiter, dass die CDU Fraktion daher ablehnen müsste, da sie den Eltern keine höhere Belastung zumuten könnten.

Rm Gramminger/FDP sprach sich für den Verwaltungsvorschlag aus und betonte, dass die Einstiegsgehälter für Erzieher*innen sich im Laufe der Beschäftigungsjahre steigern.

Rm K. Buchner/SPD schloss sich ebenfalls dem Votum der Verwaltung an, nur nach Prüfung in Einzelfällen eine Höhergruppierung vorzunehmen, und erklärte, dass die Rahmenbedingungen für Erzieher*innen in den letzten Jahren mehrfach verbessert wurden und auch in Zukunft noch optimiert werden.

Rm Reffgen/BA äußerte sich grundsätzlich positiv über die eingereichte Bürgeranregung. Er bat noch um ergänzende Ausführungen zu den finanziellen Auswirkungen.

Beschlussvorschlag für den Hauptausschuss:

Die Anregung wird zur fachlichen Bewertung sowie zur Entscheidung an den Rat verwiesen. Aufgrund der Tarifbindung empfiehlt der Hauptausschuss der Anregung nicht zu folgen.

Antragstext:

„Damit sich in Hilden die Situation nicht verschärft, indem Fachkräfte in die Nachbarstädte abwandern, rege ich an, dass die Stadt Hilden die städtischen Erzieher*innen auch höher eingruppiert.“

Abstimmungsergebnis über die Verweisung an den Rat mit Empfehlung zur Ablehnung:

Einstimmig beschlossen bei 5 Enthaltungen von den Grünen, BA und der Allianz für Hilden.

Da keine Wortbeiträge vorlagen, ließ der Vorsitzende, Bürgermeister Dr. Claus Pommer, direkt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag für den Hauptausschuss:

Die Anregung wird zur fachlichen Bewertung sowie zur Entscheidung an den Rat verwiesen.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Anregung nicht zu folgen.

Abstimmungsergebnis Verweisung an den Rat mit Ablehnung:
Einstimmig beschlossen.

4 Weiterführung der Planungen zur Erweiterung der Feuerwehr- und
Rettungswache

WP 20-25 SV
26/057

Einleitend präsentierte Beigeordnete Wolke-Ertel mit Hilfe einer PowerPoint-Präsentation weiterführende Informationen zur Feuerwehr in Hilden, um eventuell noch offene Fragen zu klären *[Anmerkung der Schriftführung: Die Präsentation ist als Anlage beigefügt und Bestandteil dieser Niederschrift].*

Sie erläuterte, dass die Freiwillige Feuerwehr durch eine Berufsfeuerwehr ergänzt werde, da die Stadt verpflichtet sei, eine leistungsfähige Feuerwehr vorzuhalten. Sie führte aus, dass die Hilfsfrist gemäß Schutzziel I für hauptamtliche Kräfte 8 Minuten beträgt, während sie für die Freiwillige Feuerwehr gemäß Schutzziel II 13 Minuten beträgt. Zudem erklärte sie, dass pro Platz im Fahrzeug ein Parkplatz gemäß DIN-Norm erforderlich sei. Zur Standortfrage stellte sie fest, dass dieser zentral bleiben müsse, um die geforderten Hilfsfristen einhalten zu können.

Rm Gramminger/ FDP fragte nach dem aktuellen Status des Hubschrauberlandeplatzes, der damals wegen des Notfallkrankenhauses angelegt wurde, und ob dieser weiterhin benötigt werde oder ob die Fläche anders genutzt werden könne. Zudem fragte er, ob überlegt wurde, die Stadtwerke in ein Industriegebiet zu verlegen, um Flächen freizuziehen.

Bürgermeister Dr. Pommer erklärte zur ersten Frage, dass die Stadt hierzu noch nicht auskunftsfähig sei und sich in Gesprächen mit der GFO als Betreiberin des Krankenhauses befinde. Beigeordneter Stuhlträger ergänzte zu Frage zwei, dass die Verlegung der Stadtwerke bereits vor einigen Jahren Prüfgegenstand gewesen sei aber Kosten von mehreren Millionen Euro verursachen würde, weil die Leitstellen und zentrale Übergabepunkte für Gas etc. ebenfalls betroffen wären. Diese Option sei daher nicht realistisch.

Rm Reffgen/ BA unterstrich ebenfalls die grundsätzliche Notwendigkeit der Maßnahmen, stellte aber die Klarheit der Kostenangaben in der Sitzungsvorlage in Frage. Er kritisierte, dass die Kostenschätzungen nicht detailliert genug seien und forderte genaue Zahlen, um eine fundierte Entscheidung treffen zu können.

Rm Toska/ Die Grünen äußerte Bedenken hinsichtlich der Kosten, die höher seien als ursprünglich geplant. Er fragte, wie die hohen Kosten in der aktuellen Haushaltslage gedeckt werden sollen, und äußerte Besorgnis über den geplanten Umzug einer Kita, da bereits ein Mangel an Kitaplätzen bestehe. Er schlug vor, zu prüfen, ob das Parkhaus des Krankenhauses genutzt werden könne.

Beigeordneter Stuhlträger erklärte, dass eine genaue Kostenschätzung erst nach Vorliegen eines Planungsentwurfs möglich sei. Weiter führte er aus, dass es gute Gespräche mit der katholischen Kirche bezüglich des Kitaersatzes gebe und man sei optimistisch, eine Lösung in der Planungsphase für die betroffenen Gruppen zu finden. Die Planung und Mittelfreigabe würden etwa 2-3 Jahre dauern. Das Krankenhausparkhaus könne nicht genutzt werden, da die dortigen Plätze nicht dauerhaft freigehalten würden. Es müssten 106 Stellplätze dauerhaft verfügbar sein.

Rm Schneider/ CDU betonte, dass ein Ausbau notwendig sei und die Kosten unvermeidlich auf die Stadt zukommen würden. Er äußerte Bedenken bezüglich der geplanten hochwertigen Ausführung des Parkhauses und schlug vor, Teile des Hauptfriedhofes zu nutzen oder eine Tiefgarage zu pla-

nen, was jedoch teurer sein könnte. Er fragte nach der genauen Anzahl der benötigten Dauerparkplätze und ob valide Zahlen über die tatsächliche Nutzung von Autos vorlägen.

Beigeordnete Wolke-Ertel erklärte, dass die Anzahl der benötigten Stellplätze nicht reduziert werden könne, da sie auf gesetzlichen Vorgaben basiere. Selbst wenn einige Mitarbeiter mit dem Fahrrad kämen, müsse die Baulast für alle vorgesehenen Stellplätze getragen werden.

Beigeordneter Stuhlträger antwortete, dass die Nutzung des Hauptfriedhofes aufgrund der dort befindlichen Wahlgräber mit langen Ruhefristen und möglichen Zwangsumbettungen problematisch und rechtlich schwierig sei. Er schlug vor, den Beschlussvorschlag um folgenden Satz zu ergänzen: *„Zur Freigabe der Anzahl der nachzuweisenden Stellplätze sowie der Gestaltung und Ausführung der Parkpalette ist dem Hauptausschuss die Variantenuntersuchung gemäß HOAI-Leistungsphase 2 (Vorentwurfsplanung mit Kostenschätzung) zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.“*

Rm K. Buchner/SPD betonte den dringenden Handlungsbedarf an der Feuerwache und schilderte die Besichtigung vor Ort, bei der festgestellt wurde, dass die Hallen für die mittlerweile größeren Fahrzeuge zu klein seien. Er fragte, ob alle Fahrzeuge in den Hallen untergebracht werden müssten oder ob einige, wie beispielsweise der Gerätewagen für die Taucher, auch draußen oder an einem anderen Ort stehen könnten, um Platz zu sparen. Außerdem äußerte er den Wunsch, dass die Fraktionen frühzeitig über den Fortgang informiert würden.

Rm Groß/ CDU stellte klar, dass die Politik der Feuerwehr nichts vorenthalten wolle, aber aufgrund der angespannten Haushaltslage Fragen und Diskussionen notwendig seien. Er forderte eine stärkere Einbindung der Politik in den Ablauf und fragte, welche Auswirkungen das geplante Tempo 30 Limit auf die Hilfsfristen habe. Weiter forderte er die Verwaltung auf der Politik auch Alternativen zu benennen.

Beigeordnete Wolke-Ertel sicherte zu, dass im Hauptausschuss zukünftig ein Tagesordnungspunkt für einen Sachstandsbericht etabliert werde. Weiter sicherte sie in der Sitzung zu, dass die noch offenen Fragen geklärt würden.

Anmerkung der Schriftführung, die Verwaltung verweist im Nachgang darauf, dass die im Hauptausschuss vorgestellte Präsentation Antworten auf einen Großteil der Fragen enthält. Insofern wird zunächst auf diese Präsentation verwiesen.

Darüberhinausgehende noch offene Fragen beantwortet die Verwaltung im Nachgang zur Sitzung wie folgt:

1. Müssen Sonderfahrzeuge, wie z.B. der Taucherwagen (GW-Wasser) auf der Feuerwache stationiert sein, oder können diese auch außerhalb untergebracht werden?
*Auch Sonderfahrzeuge, die relativ selten in den Einsatz kommen, sind zeitkritische Einsatzfahrzeuge. Am Beispiel des GW-Wasser zeigt sich, dass nach der Alarmierung der Feuerwehr-Tauchergruppe Hilden, **zeitgleich** die diensthabende Wachabteilung alles Weitere vorbereitet:*
 - *Das Fahrzeug wird vorgefahren,*
 - *das Boot wird angehängt und*
 - *evtl. zum Trocknen hängende Ausrüstungsgegenstände werden auf das Fahrzeug verbracht.*
 - *Sollte sich ein aktiver Taucher unter den diensthabenden hauptamtlich Beschäftigten befinden, wird dieser aus seiner Position ausgewechselt und zieht bereits den Tauchanzug an.*

Bei Eintreffen der ersten Taucher ziehen diese sich ebenfalls direkt um. In dem Moment, in dem die Einheit personell einsatzbereit ist, rückt das Fahrzeug zum Einsatz ab. In Summe dauert dies ca. 5 Minuten.

Sollte das Fahrzeug an einem externen Platz stehen, können die diensthabenden Beschäftigten das Fahrzeug nicht vorbereiten.

Zudem müssten sodann auch am externen Ort Räumlichkeiten vorgehalten werden, in denen sich die ehrenamtlichen Mitglieder der Feuerwehr umziehen können.

Allein die Verzögerung durch Entfall der Option, das Fahrzeug vorzubereiten, würde den Einsatz um mehrere Minuten verzögern. Diese Verzögerung wird z.B. die Chance auf eine positive Reanimation einer ertrunkenen Person deutlich verschlechtern.

2. Müssen MTF in einer Halle stehen, oder können diese auch auf einem Außenparkplatz untergebracht werden?

Auch ein MTF ist ein Feuerwehreinsatzfahrzeug und muss jederzeit nutzbar sein. Dieses bedeutet auch, dass die Fahrzeuge im Winter eisfrei und ähnliches gehalten werden müssen. Die derzeit im Außenbereich stehenden Fahrzeuge werden mit teurer elektrischer Energie auf einer Grundtemperatur gehalten. Dieses sollte und kann aus heutiger Sicht kein zielführender und dauerhafter Lösungsansatz sein.

3. Ist eine kleinere Errichtung der Parkpalette mit späterer Erweiterung eine Option?

Aus Sicht der Feuerwehr ergibt diese Option keinen Sinn. Die Anzahl der Stellplätze ist durch eine DIN-Norm geregelt. Bei der Bauplanung wurden hier keine Abweichungen von der DIN vorgenommen. Beim Bau der Parkpalette sollten direkt zu Beginn alle Bedarfe (Feuerwehr gemäß DIN-Norm, Parkplätze für Bewohner der Häuser am Feuerwehrhaus, Stadtwerke) abgefragt und realisiert werden. Eine nachträgliche Erweiterung der Parkpalette um ein weiteres Geschoss wäre sicherlich deutlich teurer, als die sofortige Erstellung, da die großen Kosten wie Baustelleneinrichtung, Baukran, Gerüst usw. ein zweites Mal übernommen werden müssten. Weiterhin wäre in der Zeit der Erweiterung die Parkpalette nicht nutzbar. Aus diesem Grunde rät die Feuerwehr von dieser Idee dringend ab.

4. Hat die Mobilitätswende (30 km/h Zone) Einfluss auf die Einsatzzeiten der Feuerwehr?

Ein Kollege der Einsatzvorplanung Feuerwehr ist in der entsprechenden Arbeitsgruppe Mitglied, um wichtige Hinweise aus Sicht der Feuerwehr in den Beratungsprozess zur Erarbeitung des Mobilitätskonzepts zu geben und um die Interessen der Feuerwehr zu vertreten. Jedoch hat die Umsetzung des derzeit diskutierten Konzepts, auch auf einigen Hauptverkehrsstraßen als zulässige Höchstgeschwindigkeit Tempo 30 festzusetzen, keine Auswirkungen auf die Auswahl des Standorts einer zentralen Feuer- und Rettungswache oder auf die Größe der Gebäude sowie der Parkpalette.

5. Wurden Alternativen geprüft?

Es wurden im Verlauf der Planung mehrere Alternativen überprüft und als nicht realisierbar eingestuft.

➤ 2. Standort

Ein weiterer Standort, der nur mit ehrenamtlichen Kräften besetzt würde, wurde im Rahmen der Brandschutzbedarfsplanung für den aktuellen Brandschutzbedarfsplan besprochen. Hierbei ging es unter anderem um eine bessere Abdeckung der 2. Hilfsfrist im Hildener Norden (13 Minuten).

Bei der Analyse dieser Fragestellung wurde festgestellt, dass es im betroffenen Bereich zu wenige Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr gibt, um hier einen eigenständigen Löschzug zu etablieren.

Am Beispiel der Stadt Langenfeld zeigt sich, dass auch ein vermeintlich kleines Feuerwehrgerätehaus einen immensen Platzbedarf auslöst und hohe Kosten verursacht. Zudem wäre auch mit dem Bau eines entsprechenden Feuerwehrgerätehauses im Norden eine massive Erweiterung und Modernisierung der Hauptfeuerwache notwendig. Mit einer Kostenersparnis ist hier nicht zu rechnen!

➤ mehrere Außenstandorte

Um das derzeitige Raumproblem auf der Hauptfeuerwache zu reduzieren, wären mehrere Feuerwehrgerätehäuser (z.B.: Nord, Süd, West und Ost) notwendig. Hierbei ist zu beachten, dass die ausschlaggebenden DIN-Normen auch für jedes Feuerwehrgerätehaus Gültigkeit haben. Das bedeutet, dass jeder Standort die sogenannte Schwarz-/Weißtrennung, Schulungsräume und auch Übungshöfe benötigt. Entsprechende Grundstücke im dicht bebauten Hilden zu finden, ist fast unmöglich. Eine Erweiterung und Modernisierung der Hauptfeuerwache wäre hierbei ebenfalls noch notwendig. Es ist damit zu rechnen, dass diese Lösung deutlich höhere Kosten hat, als die massive Erweiterung der Hauptfeuerwache. Als Beispiel kann hier das sich derzeit im Bau befindliche Feuerwehrgerätehaus in Langenfeld (Schneiderstraße) genannt werden, welches mit knapp 9 Mio. Euro geplant wird.

➤ Grundstückstausch Stadtwerke

Mit den Stadtwerken wurden Gespräche geführt, ob ein Tausch der Grundstücke ein mögliches Szenario sein könnte. Unterhalb der Stadtwerke laufen die zentralen Leitungen, die zur Überwachung und Steuerung der kritischen Infrastruktur (Wasser, Strom und Gas) notwendig sind. Dieses auf ein anderes Grundstück zu verlegen, wurde laut Auskunft der Geschäftsführung der Stadtwerke Hilden GmbH in Vorbereitung der Planung 2011 geprüft. Im Ergebnis wäre eine Verlagerung der Leitzentrale der Stadtwerke nur extrem schwierig umzusetzen und würde extreme Kosten verursachen. Aus diesem Grunde musste diese Idee ebenfalls verworfen werden.

➤ Tiefgarage statt Parkpalette

Bei einer ersten Überprüfung wurde festgestellt, dass für die entsprechende Parkplatzzahl ein mindestens flächengleiches Parkhaus unterhalb des Grundstückes der heutigen Feuerwache notwendig wäre. Bei einer solchen unterirdischen, geschlossenen Großgarage werden besondere Anforderungen an Rettungswege, Lüftung usw. gestellt. Diese Flächen waren noch nicht mit eingeplant, wodurch die Unterbringung der notwendigen Stellplätze in einer eingeschossigen Tiefgarage nicht sicher wäre. Eine grenzständige Bebauung mit Tiefgarage birgt viele Gefahren bei der Preisentwicklung, so könnten durch das Eintreiben von Spundwänden deutliche Gebäudeschäden bei benachbarten Bebauungen entstehen, für die der Bauherr aufkommen muss. Die Kosten einer Tiefgarage sind zudem vom Grunde her deutlich höher als die einer Parkpalette.

➤ Neubau auf einem anderen Grundstück

Bekanntermaßen ist Hilden in der Innenstadt sehr dicht bebaut. Es wurde seit langer Zeit immer wieder geschaut, ob man ein entsprechendes zentrales Grundstück im Stadtgebiet findet, von dem eine Hilfsfristerreichung möglich ist. Während der Erstellung der Brandschutzbedarfsplanung wurde bekannt, dass die Fa. Brüggemann (ehemals Fa. Butz), Auf dem Sand, ihr Grundstück veräußern möchte. Eine erste Berechnung der Kommunalagentur hat ergeben, dass dieses Grundstück nicht ausreichend zentral liegt, um die notwendigen Schutzziele von dort aus startend einzuhalten.

Geänderter Beschlussvorschlag in der Sitzung des Hauptausschusses am 12.06.2024 (Ergänzung in kursiver Schrift):

Der Hauptausschuss beschließt, dass die Verwaltung beauftragt wird, in Verhandlungen mit der Katholischen Kirchengemeinde St. Jacobus das benachbarte (Kita-) Grundstück Walder Str. 32 für eine Bebauung zu sichern.

Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt, mit der Verkehrsgesellschaft Hilden mbH (VGH) über den Bau der notwendigen Parkpalette auf dem Grundstück der Stadtwerke Hilden GmbH in Verhandlung zu treten.

Zur Freigabe der Anzahl der nachzuweisenden Stellplätze sowie der Gestaltung und Ausführung der Parkpalette ist dem Hauptausschuss die Variantenuntersuchung gemäß HOAI-Leistungsphase 2 (Vorentwurfsplanung mit Kostenschätzung) zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Parallel sollt die europäische Generalplanerausschreibung durch die Verwaltung erfolgen, um einen Generalplaner zu beschaffen und mit der Planung schrittweise beauftragen zu können.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

5 Anträge

5.1 Antrag der FDP-Fraktion; Erstellung eines Leitbildes

WP 20-25 SV
01/169

Rm Gramminger/ FDP begründete den Antrag der FDP-Fraktion damit, dass ein Leitbild dazu dienen könne, Schwerpunkte zu setzen. Er appellierte daran, dass eine Priorisierung notwendig sei, um das Defizit des städtischen Haushaltes nicht weiter zu vergrößern. Er schlug vor, den Prozess zur Erstellung eines Leitbildes für die Stadt fraktionsübergreifend unter der Leitung des Bürgermeisters durchzuführen.

Rm K. Buchner/ SPD lehnte den Antrag ab und merkte an, dass die Stadt bereits ein Leitbild habe. Er betonte, dass es die politische Aufgabe jeder Fraktion sei, eigene Prioritäten zu setzen. Die SPD-Fraktion habe für ihre Arbeit Prioritäten definiert und benötige daher kein neues Leitbild. Er erinnerte daran, dass während der Diskussionen im Rahmen der Haushaltskonsolidierungskommission die FDP keine eigenen Vorschläge eingebracht, sondern lediglich die Vorschläge der anderen Fraktionen kritisiert habe.

Auch Rm Bartel/ Die Grünen betonte, dass bereits in der letzten Haushaltskonsolidierungskommission Schwerpunkte für die politische Arbeit gesetzt wurden. Es sei die Aufgabe der Politik, diese Schwerpunkte zu setzen, und es sei nicht erforderlich, ein Beratungsunternehmen zur Erstellung eines Leitbildes zu beauftragen.

Rm Reffgen/ BA unterstützte den Antrag der FDP-Fraktion. Er wies darauf hin, dass das bisherige Leitbild über zehn Jahre alt sei und der Antrag eine gute Gelegenheit biete, die Politik nun gemeinsam zu bewegen und Visionen für die Stadt zu entwickeln.

Abschließend erklärte Rm Groß/ CDU, dass er bezweifle, dass ein Leitbild den Haushalt retten könne, da es keine zusätzlichen finanziellen Mittel einbringe.

Antragstext:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Hauptausschuss und im Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen wie folgt:

1. Die Erstellung eines Leitbildes für die Stadt Hilden.
2. Die Festlegung von drei Schwerpunktgruppen innerhalb des Leitbildes.
3. Die Priorisierung innerhalb der Schwerpunktgruppen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt bei 2 Ja-Stimmen der FDP und BA.

5.2	Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen; Einrichtung Mikrophon und Lautsprecher auf den Emporen im Bürgersaal	WP 20-25 SV 26/059
-----	--	-----------------------

Rm Bartel/ Grüne erklärte, dass sich der Antrag auf Grund der Ausführungen in der Sitzungsvorlage erledigt habe, da die Verwaltung eine Umsetzung prüfe.

Rm Groß/ CDU äußerte seine Verwunderung darüber, dass der Antrag zurückgezogen werde, da der Test zur Umsetzung in der Sitzung des Umwelt- und Klimaschutzsausschusses gescheitert sei.

Beigeordneter Stuhlträger sicherte zu, dass die Verwaltung die mobile Mikrofonanlage weiter testen werde, um eine praktikable Lösung zu finden.

Abstimmungsergebnis:

Antrag zurückgezogen

5.3	Antrag der CDU-Fraktion; Digitale Anzeigetafeln in der Innenstadt	WP 20-25 SV 80/025
-----	---	-----------------------

Rm Groß/CDU betonte, dass es sich bei dem Thema um einen Prüfauftrag und nicht um eine endgültige Entscheidung handelt. Er kritisierte, dass in der Sitzungsvorlage wesentliche Angaben fehlen, wie etwa die optische Beeinträchtigung des Straßenbildes durch die Aufsteller sowie das Problem, dass Plakate aufgrund von Feuchtigkeit nach kurzer Zeit gewellt sind. Zudem vermisste er eine Prüfung der Refinanzierungsmöglichkeiten und schug vor, hierzu Vergleiche mit anderen Kommunen im Umkreis anzustellen. Er führte aus, dass bei einem Wechsel der Anzeigen 840 Mal am Tag und einer Laufzeit von 8 Uhr morgens bis 22 Uhr, bei einem Preis von 10 Cent pro Anzeige, ein täglicher Betrag von 84 € eingenommen werden könnte. Dies würde bedeuten, dass die Investition in drei Jahren refinanziert wäre. Er wünscht sich eine intensivere Ausarbeitung der Stellungnahme durch die Verwaltung.

Rm Gramminger/FDP äußerte, dass seine Fraktion den Antrag aufgrund der hohen Kosten ablehnen werde. Er betonten, dass das aktuelle System nicht schlecht sei und noch optimiert werden könnte. Angesichts der aktuellen Haushaltssituation sei das Vorhaben momentan nicht finanzierbar.

Rm K. Buchner/SPD unterstützte den Antrag und erinnerte daran, dass die SPD bereits 2017 einen ähnlichen Vorschlag gemacht habe, der damals von der Verwaltung abgelehnt wurde. Nun sei die Verwaltung zumindest grundsätzlich offen für die Anschaffung solcher Anzeigetafeln.

Rm Reffgen/BA äußerte Bedenken hinsichtlich des hohen finanziellen Aufwands. Angesichts der

Prioritätensetzung sah er keine Chance für eine Umsetzung.

Antragstext:

Wir bitten die Verwaltung, auch angesichts der durch die Übernahme der Stadtmarketingaktivitäten verlagerten Zuständigkeiten für die Dreiecksstände um folgende Prüfungen:

1. Ermittlung der derzeitigen oder veranschlagten Kosten für die Pflege / Bedienung der Plakatstände und Litfaßsäulen in der Mittelstraße.
2. Ermittlung der Kosten für ein Lösungspaket mit doppelseitigen und vandalensicheren Signage Anzeigetafeln im Outdoorbereich (Standorte: derzeitige Standorte der Litfaßsäulen). Diese Plattformen sollten die Printmedien in der Innenstadt komplett ersetzen (Dreiecksstände entfallen) und als Medium für städtische Verlautbarungen z. B. im Bereich Kultur, Tourismus, Werbung für Vereinsveranstaltungen und nicht zuletzt auch als vermietbares Medium für die zeitgesteuerte Einzelhandelswerbung dienen. Bei einer Anzeigendauer von z. B. 30 Sekunden ergeben sich zwischen 9:00 Uhr und 22:00 Uhr 1.680 Motivwechsel am Tag. Die Verwaltung und Steuerung der Geräte soll über eine Webschnittstelle von einem zentralen Ort der Verwaltung aus vorgenommen werden. Beispiele dafür gibt es in zunehmendem Maße aus vielen Städten unseres Landes.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen bei

12 Ja-Stimmen von CDU, SPD, Allianz und Bürgermeister Dr. Pommer gegen

3 Nein-Stimmen von BA, FDP und AfD sowie

3 Enthaltungen der vom Bündnis 90/Die Grünen.

6 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

Zu dem „Angstraum“ an der Gabelung in Hilden berichtete Bürgermeister Dr. Claus Pommer, dass ein runder Tisch mit der Polizei und der Verwaltung einberufen wurde. In diesem Gespräch wurden mögliche Maßnahmen erörtert, und es bestand Einigkeit darüber, dass die Situation in enger Kooperation behandelt werden soll.

Ordnungsdezernentin Wolke-Ertel ergänzte, dass in einem Drei-Säulen-Modell, bestehend aus Jugendamt, Ordnungsamt und Polizei, agiert werde. Eine aktive Videoüberwachung des Bereiches an der Gabelung wäre Aufgabe der Polizei aber äußerst personalintensiv.

7 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Es lagen keine Anfragen oder Anträge vor.

Ende der Sitzung: 18:40 Uhr

Dr. Claus Pommer / Datum
Vorsitzender

Christina Schroeder / Datum
Schriftführer/in

Gesehen:
Roland Becker / Datum
Amtsleiter Bürgermeisterbüro